

Kapitel

Initiator*innen: LAG Gesundheit + LAG Frauenpolitik (dort beschlossen am: 31.10.2022)

Titel: Ä512 zu WP1: Was der Mensch braucht

Text

Von Zeile 455 bis 469:

~~Interdisziplinäre Zentren für sexuelle~~ Sexuelle und geschlechtliche
Gesundheit [Zeilenumbruch]
reproduktive Gesundheit Sexuelle und ~~geschlechtliche~~ reproduktive Gesundheit ~~ist~~ und
Fragen der Geschlechteridentitäten sind komplex und oft mit Berührungängsten
verbunden. Deshalb wollen wir ~~interdisziplinäre~~ bestehende Strukturen in Bremen
weiter unterstützen und zusätzlich interdisziplinäre Zentren für sexuelle,
reproduktive und ~~geschlechtliche~~ genderspezifische Gesundheit ~~und~~
Familienplanung [Leerzeichen] schaffen. ~~Diese sollen den gesamten Bereich~~ Es soll der
~~sexuellen und genderspezifischen Gesundheit abdecken, gesamte Bereich~~ von
Fragen der Verhütungsmethode bis hin zur Testung sexuell übertragbarer Krankheiten;
~~über eine~~ abgedeckt werden. Eine integrierte gynäkologische Sprechstunde für Frauen
ohne Krankenversicherung ~~bis hin zu~~ sowie niedrigschwelligen und mehrsprachigen
Beratungs- und Bildungsangeboten werden die Gesundheitsinfrastrukturen für Frauen im
Land Bremen stärken, zum Beispiel über Verhütungsmittel, Schwangerschaft und
Schwangerschaftsabbrüche sein. Für ~~trans*, inter*~~ trans', inter' und nicht-binäre Personen
~~wollen wir~~ soll es eine Anlaufstelle ~~schaffen~~ sein und Versorgungssicherheit herstellen, um
sie bei vielen Belangen der medizinischen Transition zu unterstützen ~~en~~ und den Mangel
an Behandler*innen in Bremen auszugleichen. Besonders ~~s~~ n auch im Bereich der
Gynäkologie und Endokrinologie gibt es erhebliche Bedarfe für den sensiblen Umgang
mit lesbischen, trans*-~~und~~ inter*-Patient*innen Personen und anderen marginalisierten

Gruppen.

Von Zeile 471 bis 480:

Wir lehnen die Kriminalisierung von selbstbestimmten Schwangerschaftsabbrüchen ab und setzen uns auf Bundesebene für eine neue gesetzliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb des Strafgesetzbuches als Ersatz für die Streichung von § 218 StGB ein.[Leerzeichen]Damit einhergehend fordern wir, aus der Verpflichtung zur Beratung ein Recht auf Beratung zu machen und die dreitägige Wartepflicht abzuschaffen. Die Versorgung mit medizinisch sicheren Schwangerschaftsabbrüchen ist gefährdet. Wir fördern eine bedarfsgerechte Versorgung im Land in Bremen und Bremerhaven. Zum Beispiel indem wir Mediziner*innen, medizinischem Personal die notwendige **Fortbildung** in Abbruchmethoden ermöglichen und so wieder mehr qualifiziertes Fachpersonal bereitstellen. Schwangere müssen selbst entscheiden können, ob sie ein Kind bekommen wollen
Medikamentöse Schwangerschaftsabbrüche sollen wie in anderen europäischen Ländern auch von Hebammen angeboten und begleitet werden können.[Zeilenumbruch]
Wir sichern ihnen unabhängige Information Schwangeren Zugang zu unabhängigen Informationen, Rat und Unterstützung zu, egal für welchen Weg sie sich entscheiden, um selbstbestimmte Entscheidungen zu ermöglichen. Menschen brauchen im Fall einer ungewollten unbeabsichtigten Schwangerschaft schnellen und einfachen Zugang zu Hilfe.